



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Konzept für eine Informationsstelle gegen Flucht und Vertreibung in Prag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. bis zur nächsten Sommerpause ein Konzept zu erarbeiten, um in Prag – beispielsweise in den Räumlichkeiten der neuen Landesvertretung – dauerhaft eine Informationsstelle gegen Flucht und Vertreibung in Abstimmung mit dem dort ansässigen Sudetendeutschen Büro einzurichten, um hierdurch einen Ort des Dialogs und der Begegnung zwischen der bayerischen und tschechischen Zivilgesellschaft zu schaffen und auf die Situation und die Interessen der bayerischen bzw. deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Nachfahren hinzuweisen;
2. dem Landtag das ausgearbeitete Konzept noch vor der nächsten Sommerpause zu präsentieren und die Voraussetzungen, insbesondere die hierfür benötigten Haushaltsmittel, für dessen Realisierung vorzustellen.

Begründung:

Im Interesse der Vertriebenen und ihrer Nachfahren soll die Staatsregierung nach Intensivierung des Dialogs auf Regierungsebene den Dialog zwischen der bayerischen und tschechischen Zivilgesellschaft befördern. Hierfür soll sie ein Konzept für eine Informationsstelle gegen Flucht und Vertreibung in Prag entwickeln, durch das die Annäherung zwischen der tschechischen und bayerischen Zivilgesellschaft über die gemeinsame Vergangenheit befördert wird, auf geschehenes Unrecht aufmerksam gemacht wird und ein Forum für die Interessen der Heimatvertriebenen in Bayern entstehen kann. Das dauerhaft angelegte Konzept für eine solche Informationsstelle soll Konferenzen, Diskussionsforen, Lesungen und Ausstellungen zum Thema „Flucht und Vertreibung“ der Sudetendeutschen in der Nachkriegsgeschichte vorsehen. Dabei soll das Sudetendeutsche Büro in Prag an der Konzeptentwicklung angemessen beteiligt werden. Es soll dabei ferner geprüft werden, inwieweit die Räumlichkeiten der Landesvertretung in Prag hierfür genutzt werden können.

Dem Landtag soll schließlich bis zur Sommerpause das Konzept vorgestellt und die Voraussetzungen für die Realisierung dargelegt werden.